



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Erstens dürften vor dem Konzerte und während der Pausen weder Speisen noch Getränke verabreicht werden. Zweitens müsse er sowohl als erster wie als letzter auftreten. Drittens wünsche er, daß die beiden ersten Stuhlreihen nur von schönen jungen Damen eingenommen würden, da es ihm fatal sei, während des Spieles häßliche oder alte Gesichter sehen zu müssen. Viertens hätten sämtliche Damen vorher den Fächer beiseite zu legen, denn nichts sei störender als das Auf- und Niederklappen von einigen Duzend Fächern. Fünftens dürfte keiner der Herren während seines Spieles Tabak schnupfen, und sechstens rechne er darauf, daß niemand mit Eau de mille fleurs parfümiert sei, denn davon bekomme er die furchtbaren Kopfschmerzen.

Die Erfüllung dieser Bedingungen konnte ihm der Hofrat zusichern, und nach einigem Hin- und Herverhandeln wurde der Tag des Konzerts festgesetzt. Als die Stunde herankam, wo es seinen Anfang nehmen sollte, waren die Zuhörer vollzählig versammelt, von den Mitwirkenden fehlte nur Amadeus Quietschky. Man war in großer Verlegenheit und sandte schließlich einen Bedienten in seine Wohnung, der jedoch mit dem Bescheid zurückkehrte, der Meister sei nicht zu Hause gewesen. Man mußte wohl oder übel weiter warten.

Endlich — es war etwa zwei Stunden später — erschien der große Mann und erklärte mit heitrem Miene, er komme geradeswegs aus dem klassigsten Kaffeehause, wo er Mittwoch immer seine Tarockpartie habe. Leider habe er neulich nicht daran gedacht, sonst würde er für das Konzert einen andern Tag gewählt haben. Ob ein zuverlässiger Mann zur Stelle sei, der seine Geige holen könnte? Die jüngern Herren der Gesellschaft stritten sich um die Ehre, dem Maestro ihre Dienste anzubieten, und der Glückliche, dem Quietschky schließlich den Schlüssel zu seiner Wohnung anvertraute, wurde von allen nach Gebühr beneidet.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs-Spiegel. („Gehalt des Staatssekretärs.“ Fragen der Geschäftsordnung. Sozialpolitische Debatten. Aus dem preussischen Abgeordnetenhaufe.)

Wenn jemand zufällig, ohne die parlamentarischen Gebräuche der Gegenwart zu kennen, hört, daß der Reichstag wochenlang über das Gehalt eines Staatssekretärs debattiert hat, so wird ihm das gewiß zunächst unbegreiflich sein. Macht man ihm dann klar, daß dies die Form ist, in der der Reichstag seine sozialpolitischen Wünsche und Ansichten zu äußern pflegt, so wird ihm zwar die Sache etwas verständlicher erscheinen, aber es bleibt auch dann noch die verwunderte Frage übrig, warum diese Ansichten und Wünsche nicht in eine präzierte, für den Gesetzgeber brauchbare Form gebracht und an der Stelle, wohin sie gehören, erörtert werden. Auf solche Frage muß man freilich die Antwort schuldig bleiben. Man könnte höchstens sagen, daß dem Reichstage ja alljährlich eine große Zahl von Anträgen und Anfragen vorliegt, worin alles enthalten ist, was an präzifizierbaren Wünschen innerhalb der Volksvertretung festgestellt werden kann. Dann wird aber der andre erst recht fragen: Warum muß denn das alles beim „Gehalt des Staatssekretärs“ noch einmal breitgetreten werden? Und darauf muß man vernünftigerweise die Antwort schuldig bleiben. Die einzige Erklärung liegt in der tyrannischen

Macht der Gebräuche, in die sich unser Parlamentarismus nun einmal eingelebt hat, und an die sich keine Partei heranwagt, weil sie fürchtet, es könnte ihr in den Augen der Wähler ein Odium angeheftet werden. Eine Reform der Geschäftsordnung — denn darum handelt es sich — kann aber nur vom Reichstag selbst ausgehn, denn dabei ist er allein beteiligt; die Regierung hat dabei nicht mitzureden und kann infolgedessen auch nicht die Initiative ergreifen.

In den jungen Tagen unsers Parlamentarismus hat man bei den Grundsätzen, nach denen die Handhabung der Geschäftsordnung und der parlamentarischen Sitte geregelt wurde, hauptsächlich das englische Beispiel vor Augen gehabt. In streng parlamentarisch regierten Staaten ist der Leiter eines Verwaltungszweiges zugleich Parteimann, Beauftragter der herrschenden Mehrheit. Er vertritt persönlich das System dieser Mehrheit, und wenn das Parlament darüber zu beschließen hat, ob ihm das Gehalt zu zahlen ist, so ist es vollkommen verständlich, daß er sich zunächst darüber auszuweisen hat, ob die Grundsätze seiner Verwaltung im allgemeinen den Wünschen der Mehrheit entsprechen. Gelingt ihm das nicht, so ist es das gute Recht des Parlaments, durch Gehaltsverweigerung diesen Vertreter der ausführenden Gewalt persönlich zum Rücktritt zu zwingen. In Staaten dagegen, in denen die Ernennung der Minister ein freies Recht der Krone ist, kann eine Gehaltsverweigerung an einen einzelnen Minister nichts andres bedeuten als einen Verfassungskonflikt im ernstesten Sinne des Wortes, ein direktes Mißtrauensvotum gegen die Krone. Sie kann nur diesen demonstrativen Sinn haben, weil das Gehalt hier nicht, wie im parlamentarischen Regierungssystem, der Person bewilligt wird, sondern für die Stelle gilt. Wo die Notwendigkeit einer solchen Stelle in Frage steht, ist das ablehnende Votum des Reichstags natürlich nur die Ausübung eines unbezweifelten Rechts mit der einfachen Folge, daß die Stelle überhaupt nicht besetzt wird. Handelt es sich aber um ein Amt, dessen Notwendigkeit von niemand bezweifelt wird, so kann natürlich diese Folge nicht eintreten; die Ablehnung des Postens bedeutet also einen Rechtsmißbrauch des Parlaments, der nur aus der Absicht hervorgehen kann, einen Streit mit den Rechten der Krone herbeizuführen.

Nun hat ja auch bei der Übernahme des englischen Brauchs kein Mensch an diese Absicht und Möglichkeit gedacht, sondern nur an die praktische Seite der Sache. Man fand einen gewissen Nutzen darin, die Etatsberatung jedes Verwaltungszweigs mit einer Generaldebatte zu eröffnen, worin alle Angelegenheiten dieses Ressorts einer Besprechung unterworfen werden können, und weil der Posten „Gehalt des Staatssekretärs oder Ministers“ der erste Etatsposten in jedem Ressort ist und einen gewissen neutralen Charakter hat, so hat man sich den Brauch des englischen Parlamentarismus angeeignet. Da dieser Brauch aber zu einem Mißbrauch geworden ist, so erscheint die Erinnerung nicht überflüssig, daß die erwähnte Übertragung in unsre staatsrechtlichen Verhältnisse im Grunde einen Widersinn enthält und einer falschen Vorstellung Nahrung gibt. Einen Mißbrauch kann man diese Art von Debatten vor allem deshalb nennen, weil gerade das praktische Bedürfnis, das zur Rechtfertigung einer Generaldebatte geltend gemacht wird, dabei so gut wie gar keine Berücksichtigung findet. Eine in verständigen Grenzen gehaltne Aussprache der Parteien untereinander über gewisse Grundsätze der Gesetzgebung und Verwaltung in jedem einzelnen Bereiche könnte man sich gefallen lassen, aber davon ist niemals die Rede. Es sind in Wahrheit unschriebne Parteiprogramme längst bekannten Inhalts, ohne bestimmten Zweck für das wirkliche Arbeitspensum, rein akademische Erörterungen, meist abstoßend in ihrer rednerischen Formlosigkeit, ihrer Breite, ihrer Salzlosigkeit und ihrem Ungeschmack, die aber doch mit selbstgefälliger Inbrunst zum

Fenster hinaus geredet werden, obwohl die wenigen brauchbaren Gedanken darin längst viel besser in Büchern zu finden und durch die Presse zum Gemeingut aller Besekundigen gemacht worden sind.

Es wäre darum sehr zu wünschen, daß durch die Geschäftsordnung ein heilsamer Zwang ausgeübt werden könnte, die uferlosen Debatten bei dem Gehalt der Minister und Staatssekretäre einzuschränken. Sachlich würde dadurch nichts verloren werden, wenn man nicht etwa der Meinung sein sollte, daß politische Gedanken einem ähnlichen Prozeß des Wiederkäuens unterworfen werden müssen wie die Nahrung in dem Magen gewisser Säugetiere, denen übrigens die Volksmeinung kein besondres Maß von Intelligenz zuschreibt. Man wende nicht ein, daß dadurch eine Gelegenheit verloren gehe, gesetzgeberische Wünsche in einem allgemeinen Zusammenhange zu besprechen. Denn alles, was in jenen Debatten gesagt wird, kommt an anderer Stelle mindestens noch einmal vor. An Resolutionen, Interpellationen und Anträgen auf bestimmte Gesetzentwürfe fehlt es ja trotzdem nicht. Auch darin geschieht zu viel, weil die Bestimmungen der Geschäftsordnung über die Einbringung und Behandlung der Anträge unzweckmäßig sind. Die Anträge und Anfragen dienen nur zum kleinen Teil der Förderung der Sache; in Wahrheit werden sie gestellt, um den Eifer der Partei oder gar eines einzelnen Abgeordneten bei den Wählern in ein besseres Licht zu rücken. Daher bilden sie ein chaotisches Durcheinander, und das wird noch durch das allgemeine Wettlaufen erhöht, das die Parteilieferfucht verschuldet, indem sie die Reihenfolge der Behandlung der Anträge von dem Zeitpunkt ihrer Einbringung abhängig macht. Unsere Parlamente haben jetzt nur ein durch die Bedürfnisse der Praxis geschaffenes, nicht offizielles Organ für gemeinsame Verabredungen der Parteien, den sogenannten „Seniorenkonvent“. Warum macht man daraus nicht eine offizielle Einrichtung und überträgt den Vertrauensmännern der Fraktionen bestimmte Befugnisse und Funktionen? Dann wäre es möglich, in die Beratung der Anträge mehr Ordnung und System zu bringen, ohne die Furcht der Fraktionen, daß sie zurückgedrängt werden könnten, zu erregen. Dann ließen sich auch festere Anordnungen über die für die einzelnen Beratungen zur Verfügung stehende Zeit erreichen, und das hätte wiederum das Gute, daß etwaige Schlußanträge ihren gehässigen Charakter verliören und andererseits auch manchem Obstruktionsversuch rechtzeitig vorbeugt würde.

Einigemale ist ja auch jetzt von Schlußanträgen Gebrauch gemacht worden. Auch die große sozialpolitische Debatte wurde auf diese Weise beendet. Nachdem sich aber in einem Falle — bei der Besprechung einer ganz überflüssigen Interpellation — die Freisinnigen zur Minderheit geschlagen und einen Schlußantrag der andern Parteien des nationalen Blocks zu Falle gebracht haben, ist die Mehrheit scheu und vorsichtig geworden. Die Vorliebe der Demokratie für uferloses und zweckloses Geschwätz hat hier dem wahren Interesse der parlamentarischen Geschäftsführung einen übeln Dienst erwiesen. Schon beginnen die Abgeordneten wieder während der Debatten das Feld zu räumen, um sich der Dual zu entziehen; mit der Anhören solcher Reden verbunden ist. Und so haben wir in dem neuen Reichstage wieder die leeren Bänke, denselben Schaden, den das Diätengesetz schon im vorigen Reichstage beseitigen sollte. Zentrum und Sozialdemokratie legen es jetzt darauf an, durch ihre Reden das Haus zu ermüden, und die nationalen Parteien wagen nicht, sich zu widersetzen, weil sie die Unzuverlässigkeit der Freisinnigen bei einem Schlußantrage fürchten. Da kann die Minderheit leicht zur Mehrheit werden, und erst kürzlich wurde ein Handstreich der klerikal-sozialdemokratischen Opposition, wodurch ein für die nationalen Parteien unannehmbarer Beschluß durchgedrückt werden sollte, im letzten Augenblick nur dadurch vereitelt, daß durch Anzweiflung der Beschlußfähigkeit des Hauses die Sitzung gesprengt wurde.

Eine Frage, die nicht minder der Reform bedarf, ist die der Wahlprüfungen. Über das jetzige Verfahren ist schon viel geklagt worden. Nicht nur, daß sich die Entscheidungen nicht selten bis kurz vor den Ablauf der Legislaturperiode hinziehen, sondern es ist auch jeder Ranküne, zu der die Geschäftsordnung des Parlaments die Handhabe bietet, die Tür geöffnet. Die lächerlichsten Wahlproteste nehmen Zeit und Kräfte der Abgeordneten in ganz ungebührlicher Weise in Anspruch. Die im letzten Wahlkampf zum Reichstage geschlagenen sind auf den Gedanken verfallen, in den öffentlichen Kundgebungen des Reichskanzlers über die Gründe der Reichstagsauflösung und die Absichten der Regierung eine unberechtigte Beeinflussung der Wähler zu sehen. Natürlich eine ganz unerhörte Auffassung, denn die Regierung, die in einem Wahlkampf — noch dazu nach einer Auflösung des Parlaments — es unterlasse, die Wähler über die Lage aufzuklären, würde sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig machen. Ein Wahlprotest, der gegen den konservativen Abgeordneten Freiherrn von Richtigshofen-Damsdorf im Reichstage eingelaufen war, stützte sich auf weiter nichts als auf die Tatsache, daß Fürst Bülow auf eine Anfrage von Wählern jenes Wahlkreises auf sein bekanntes Schreiben an General von Liebert verwiesen hatte. Dabei hatte er sogar noch ausdrücklich abgelehnt, besondere Ratschläge für einzelne Wahlkreise zu geben. Das hinderte aber eine oppositionelle Zufallsmehrheit in der Wahlprüfungskommission nicht, die Wahl des Freiherrn von Richtigshofen für ungiltig zu erklären. Es ist freilich undenkbar, daß das Plenum diesen ungeheuerlichen Beschluß bestätigt, aber der Vorfall zeigt doch die Schwäche eines Wahlprüfungsverfahrens, das dem Parlament Zeit und Arbeitskraft entzieht, um die wichtige Frage, ob eine Wahl ordnungsmäßig oder nicht stattgefunden hat, schließlich nicht nach vernünftigen und unparteiischen Erwägungen des Rechts, sondern nach Parteiinteressen zu entscheiden.

Bei dem Etat des Innern hat die sozialpolitische Debatte auch diesmal wieder Formen angenommen, die ihre Bedeutung stark herabdrücken müssen. Es wurde wieder unendlich viel leeres Stroh gedroschen. Immerhin gab es doch einzelne lichte Punkte darin. Graf Posadowsky fand Gelegenheit, das sozialpolitische Programm für die nächste Zukunft zu entwickeln. Es war eine sehr umfassende Arbeit, die dem Reichstag als in Aussicht stehend bezeichnet wurde. Außer den schon angekündigten Vorlagen über die Einrichtung von Arbeitskammern und den sogenannten „kleinen Befähigungsnachweis“ kommen neue Gesetze und Revisionen bestehender Gesetze in Betracht, die zum Teil die Regelung der Heimarbeit, zum andern Teil gemeinnützige Interessen, wie Schutz gegen Viehseuchen, Regelung des Apothekenwesens, der Sonntagsruhe, des Schutzes gegen unlauteren Wettbewerb und andres mehr ins Auge fassen. Nicht geringes Interesse erregte es, daß sich der Staatssekretär über die geplante Neuordnung des Vereins- und Versammlungsrechts von Reichs wegen aussprach. Also ein weites Arbeitsgebiet, auf dem sich der Reichstag in diesem und dem nächsten Jahre betätigen soll.

Der Tag, an dem sich Graf Posadowsky über seine Aufgaben und Pläne äußerte — es war der 11. April —, war aber auch in anderer Beziehung interessant. Zum erstenmale trat Friedrich Naumann im Reichstage als Redner auf. Wenn der nationalsoziale Führer mit seinem Versuch, eine neue Partei zu gründen und größere Massen für seine Bestrebungen zu gewinnen, auch keinen Erfolg gehabt hat, so bleibt ihm doch das Verdienst, in Kreisen, die für sozialpolitische Arbeit und die Erkenntnis ihrer Bedingungen und Voraussetzungen von hohem Wert sind, bedeutende Anregungen und kräftige Impulse gegeben zu haben. Den praktischen Politiker Naumann, dessen Idealismus eine große Neigung zur Schwarmgeisterei zeigt und im Laufe der Entwicklung — namentlich unter dem Einfluß von einzelnen seiner Mitarbeiter — immer mehr die Richtung auf das Phantastische und Utopische

genommen hat, muß man freilich ablehnen, aber als Mensch bleibt er eine sympathische und interessante Erscheinung. Sein Auftreten als Redner hat aufs neue gezeigt, was schon sein bisheriges Wirken gelehrt hat, daß er immer zu fesseln, doch nie zu leiten versteht. Die hohe Begabung des geistvollen Mannes wußte auch im Reichstage die Aufgaben der Sozialpolitik in besondrer Beleuchtung zu zeigen, sie durch philosophische Auffassung zu vertiefen und die Aufmerksamkeit für seine Gedanken in einer sonst gegen dergleichen ziemlich abgestumpften und meist voreingenommenen Versammlung zu erzwingen, aber die Kraft des echten Staatsmanns, der bei aller Gedankentiefe zugleich mit gesundem Realismus die Geister gebieterisch auf das Erreichbare hinzulenken und hinzudrängen versteht — diese Kraft fehlt ihm. Graf Posadowsky, der viel verkannte, der von den einen für einen Mann der trocknen Arbeit ohne eigentlich staatsmännische Eigenschaften, von den andern für einen Mann mit weltfremden philosophischen Neigungen gehalten wird, fand gerade Naumann gegenüber die beste Gelegenheit, das eigentliche Wesen seines politischen Denkens zu enthüllen und mit der Überlegenheit seiner staatsmännischen Kenntnisse und Erfahrungen zugleich deutlich erkennen zu lassen, wie der dadurch gewonnene praktische Wirklichkeitsinn den Idealismus und die philosophische Vertiefung nicht ausschließt, wie wenig er aber auch mit dem von der Wirklichkeit abirrenden Idealismus Naumanns gemein hat.

Im preußischen Abgeordnetenhaus hat man die vor Ostern unterbrochne Beratung des Etats des Kultusministeriums am 10. April wieder aufgenommen. Bei der Beratung der Angelegenheiten dieses Ressorts besteht in besonderm Maße die Möglichkeit, daß die Geister aufeinanderplagen. Das haben wir ja auch vor Ostern erfahren. Aber jetzt wehte ein Friedenslüftchen durch die Verhandlungen. Ein Beweis dafür war die Einmütigkeit, mit der von allen Parteien die Gleichstellung der Oberlehrer höherer Lehranstalten mit den Richtern verlangt wurde. Damit wird hoffentlich ein seit langem geführter Rangstreit, der mitunter recht unerquickliche Formen annahm, seinem Ende entgegengebracht. Der unbeteiligte Dritte wird sich über die Lösung freuen können, nicht um irgendwelcher Vorliebe oder Abneigung willen, sondern weil hierbei ein wahrhaft moderner, im guten Sinne moderner Gedanke den Sieg über Vorstellungen errungen hat, die ihren Zusammenhang mit einem nicht mehr haltbaren Bürokratismus nicht verleugnen können. Diese alten bürokratischen Vorstellungen bedeuten eine Schädigung des gesunden Staatsgefühls, das wir in Deutschland gegenwärtig notwendiger brauchen als je und darum hochhalten müssen, wo es nur möglich ist. Auch aus andern leicht zu erkennenden Gründen ist es erfreulich, daß sich gerade im Abgeordnetenhaus alle Parteien einmal wieder zusammengefunden haben und noch dazu bei einer Frage des Kultusetats. Auch die Frage der Mädchenschulreform ist im Abgeordnetenhaus verhandelt worden, und der Minister hat seinen angekündigten Plan vor dem Hause entwickelt. Hier kann diese Tatsache nur erwähnt werden; wir müssen uns versagen, darauf einzugehen. Es ist aber daraus zu sehen, welche wichtigen und tiefgreifenden Probleme überall im politischen Leben jetzt auf der Tagesordnung stehen.

Zur Abrüstungsfrage. Während des Zusammentritts der ersten Haager Konferenz habe ich in den Grenzboten des Jahres 1898 schon meine Ansichten über die Notwendigkeit einer solchen Konferenz der europäischen Staaten und über das Verdienst, das sich der Zar durch die Berufung eines solchen Schiedsgerichts erworben hat, auszudrücken versucht. In der Tat hat die Haager Konferenz in den abgelaufenen Jahren schon manches Gute geleistet. Aber aus der allgemeinen Abrüstung ist noch nichts geworden und kann auch nichts werden, wie ich schon damals nachgewiesen habe. Die allgemeine Wehrpflicht, die, mit Ausnahme von England, bei

allen europäischen Staaten und nunmehr, wenn ich nicht irre, auch in Japan besteht, ist vorzugsweise eine Schule für die Völker zur Erziehung des Charakters und zur Stärkung des Körpers, ebenso wie die allgemeine Schulpflicht den Geist bildet. Wir erreichen damit wieder den Standpunkt der alten Spartaner und der Germanen, daß jeder erwachsene Mann im Falle der Not die Waffen zum Schutze des Vaterlandes zu ergreifen und zu führen vermag. Von diesem Standpunkte können wir nicht abgehen; denn wir müssen allezeit bereit sein, für unser Vaterland mit Leib und Leben einzutreten. Abrüsten könnten die Staaten nur, wenn wir noch die Wehrverhältnisse hätten wie zur Zeit der Landsknechte. Aber selbst wenn das auch der Fall wäre, wer wollte und könnte bestimmen, wie viel Streitkräfte zu Lande und zu Wasser die einzelnen Völker unterhalten dürften? Sollte das etwa nach Prozenten der männlichen Bevölkerung und unter Berücksichtigung der natürlichen Landes- und Meeresgrenzen und deren Verteidigungsfähigkeit auf der Haager Konferenz erwogen und bestimmt werden?! Darauf wird und kann sich kein Staat einlassen. Und selbst wenn wir geringere Heeres- und Flottenstärken in Zukunft bereit halten wollten als jetzt, so wären Kriege damit immer noch nicht ausgeschlossen; denn die Heere der frühern Jahrhunderte betrug an Zahl kaum ein Zehntel unsrer jetzigen, und doch waren die Kriege noch viel zahlreicher damals als zu unsern Zeiten.

England freilich will auf der Konferenz einen Abrüstungsantrag stellen und möchte Deutschland und Frankreich veranlassen, beizustimmen. Angesehene deutsche und französische Zeitungen widersprechen diesem Vorschlage, der wohl auch jetzt von Rußland nicht mehr vorgebracht werden kann, wie auf der ersten Konferenz. Denn mittlerweile hat der große japanisch-russische Krieg 1904/05 stattgefunden und zu Rußlands Nachteil geendigt. Japan vermehrt seine Streitkräfte zu Wasser und zu Lande fortwährend, und an Gelegenheit zu Reibungen Japans mit den Vereinigten Staaten von Amerika fehlt es ja auch nicht. Dabei hat England die Mängel seiner Flotte, die ich auch in meinem frühern Aufsatze schon zu erweisen Gelegenheit hatte, seit 1905 energisch zu beseitigen gesucht und baut fortwährend neue Kriegsschiffe, wie denn erst kürzlich der Stapellauf des Kreuzers „Indomitable“, des größten, jetzt in allen Flotten vorhandenen Kreuzers, stattgefunden hat, dem innerhalb von vierzehn Tagen zwei Schwesterschiffe gleicher Stärke vom Stapel folgen sollen. Über die Ausrüstung dieser Schiffe herrscht tiefes, vollkommenes Stillschweigen. Die Herstellungskosten des „Indomitable“ betragen 35 Millionen Mark, der Kreuzer läuft 25 Knoten, ist 530 Meter lang, 78 Meter breit und hat einen mittlern Tiefgang von 26 Fuß. Das sieht wahrlich nicht nach „Abrüstung“ aus, namentlich auch dann nicht, wenn man weiß, daß England durch die Neuorganisation seiner Flotte 1905 den Schwerpunkt in den Kanal und in die Nordsee verlegt und die Flotte des Mittelmeeres wegen der guten Beziehungen zu Frankreich, Spanien, Portugal und Italien vermindert hat. Sehr richtig sagt der Temps und nach ihm die Kölnische Zeitung: Man soll von dem Abrüstungsantrag absehen und internationales Recht schaffen; das sei menschlich und gut, aber man möge nicht mehr versprechen, denn weitergehende Versprechungen werde man nicht halten können.

Die Haager Konferenz hat gewiß den edeln Zweck, den Frieden unter den Völkern zu erhalten. Immerhin wird aber Krieg nicht unbedingt zu vermeiden sein, jedenfalls nicht durch Versprechungen allein. Ein Hauptmittel zur Erhaltung des Friedens bietet aber die Erleichterung des Verkehrs und die dadurch entstehende Verkürzung der Entfernungen. Die Völker kommen sich näher, lernen sich kennen und einsehen, daß man besser tut, in Eintracht miteinander zu leben, als sich die Schädel einzuschlagen. Die gegenseitigen Besuche von angesehenen Personen der Deutschen, Franzosen, Engländer in ihren Heimatländern und Hauptstädten, der

Austausch von Professoren zwischen Deutschland und Amerika, Vorträge, wie sie der französische Kolonialpolitiker Lucien Hubert kürzlich in Berlin hielt usw., werden gewiß auch nicht ohne Einfluß bleiben. C. v. H.

Das baltische Deutschtum hat, seitdem die Revolution im Winter 1905 blutig niedergeworfen worden ist — unter der Asche freilich glimmt sie immer noch fort —, zu dem innerpolitischen Parteileben Rußlands und den baltischen Provinzen Stellung zu nehmen gehabt. Es war das keine leichte und zu allseitiger Zufriedenheit zu lösende Aufgabe, da die Umstände überaus kompliziert und für die Fernstehenden sowohl in Rußland selbst wie in Deutschland nicht leicht zu beurteilen sind. Mißdeutungen und schiefe Wertungen sind denn auch nicht ausgeblieben.

Eins ist vor allem festzuhalten, wenn man zu einer richtigen Beurteilung kommen will: die baltischen Deutschen haben als westeuropäische Deutsche innerlich jene Kämpfe vor einem halben Jahrhundert schon durchgemacht, die heute Russen und die meisten Fremdvölker Rußlands so leidenschaftlich bewegen. Ihre engen kulturellen und durch mannigfache persönliche Beziehungen mit Deutschland verstärkten Verbindungen mit dem deutschen Mutterlande haben es mit sich gebracht, daß die verfassungsrechtlichen und sozialwirtschaftlichen Entwicklungsphasen, die Westeuropa von 1830 an allmählich durchgemacht hat, insonderheit das Jahr 1848, in die Kurland aber erst jetzt unter schweren Zuckungen und Wirrnissen eingetreten ist, den baltischen Deutschen ein längst überwundener Standpunkt geworden sind. Sie sind innerlich längst über das hinaus, was heute sich unter anderm in den uferlosen Reden der Duma spiegelt. Natürlich wünschen sie nichts aufrichtiger, als daß das große Reich, dessen Teil sie sind, von der Willkür einer zum Teil wenigstens korruptierten Bureaukratie befreit werde, sie wünschen ferner aufs lebhafteste, daß Rußland auf die Basis eines Rechtsstaats gestellt werde. Sie wünschen das, erstens weil sie selbst seit Jahrzehnten als vornehmstes Opfer der Drangsalierung einer russifizierenden Beamtenerschaft die brutalen Härten des bürokratischen Systems erfahren haben, zum andern, weil sie sich eine Gesundung der innerrussischen Verhältnisse nur auf der Grundlage wahrer Freiheit und unter Heranziehung der Kräfte der Gesellschaft vorstellen können. Daher ist das Oktobermanifest nirgendwo mit größerer und freudigerer Genugtuung begrüßt worden als von den baltischen Deutschen, und darin haben sie auch dann keine prinzipielle Änderung eintreten lassen, als sich infolge des von der revolutionären Landbevölkerung und Arbeiterschaft mißdeuteten Manifestes alle Bande der Ordnung im Baltikum lösten.

Als die Frage des Zusammenschlusses behufs politischer Arbeit, vor allem zur Vorbereitung für die Dumawahlen und zur Stellungnahme zu den Reformen auf dem Gebiete provinzieller Selbstverwaltung, spruchreif wurde, traten die Deutschen im Baltikum zu den konstitutionellen Parteien zusammen, die das Manifest vom 17. Oktober zum Ausgangspunkt nahmen. Sie vermieden es dabei, sich zu rein deutschen Parteien zusammenzuschließen, öffneten vielmehr allen russischen, estnisch-lettischen und jüdischen Bewohnern der Provinzen, die auf demselben politischen Boden standen, die Tore weit. Sie bewog hierzu zunächst die Hoffnung, auf diese Art durch gemeinsame Arbeit die nationalen Gegensätze im Lande abzuschwächen, zum andern die traditionelle Idee, daß die baltischen Deutschen nie einseitig ihre Interessen, sondern die aller Bewohner des Landes vertreten haben. Die Deutschen verschlossen sich — die baltischen Ritterschaften in erster Reihe — dem nicht, daß es im Baltikum Reformarbeit genug gebe, die bisher durch die zentralisierende und russifizierende Regierung stets unterbunden und nach dem Grundsatz *Divide et impera* verhindert worden war. Sie wollten nun gemeinsam mit Russen, Letten und Esten zettgemäße Umgestaltungen herbeiführen. Es braucht hier nicht geschildert

zu werden, welche ablehnende Haltung die in leidenschaftlichem Deutschenhaß befangenen Letten und Esten diesen deutschen Tendenzen gegenüber gezeigt haben. An der Wichtigkeit der von den Deutschen eingeschlagenen Politik ändert die Tatsache ja nichts, daß ihr der positive Erfolg äußerlich bisher versagt geblieben ist und nach Maßgabe der Dinge versagt bleiben mußte. Wo nationaler Haß einer an Zahl weit überlegenen Menge sich mit sozialrevolutionären Instinkten verbindet, wo der Deutsche als Vertreter höherer Bildung, größern Landbesitzes und des Kapitals angefeindet wurde, und wo ein Wahlrecht besteht, das die Zahl allein entscheiden läßt, kann ein Sieg nicht erhofft werden, zumal da die untern Chargen der Beamtschaft deutschfeindliche Tendenzen zeigt. Erst allmählich kann die Menge durch Schaden klug werden und zur Einsicht kommen, daß nicht die ihre wahren Freunde sind, die in ihren Versprechungen am freigebigsten sind.

Für die baltisch-konstitutionellen Parteien, die allein auf einen Sieg nicht rechnen konnten, war es natürlich von der höchsten Wichtigkeit, welcher großen russischen Partei sie sich anschließen sollten: da bei der verkappt-revolutionären Haltung der Kadetten an diese nicht zu denken war (obwohl sich kleine kadettische Strömungen auch in baltischen Kreisen zeigten), so blieben allein die Oktoberisten übrig. Die Rechte (der Verband der wahrhaft russischen Männer) mußte ausscheiden, da sie den Boden des Oktobermanifestes nur gezwungenermaßen betreten hatte und sich durch ihr nationalistisches Programm als ein Feind jeder Konzession an die „Fremdstämmigen“ im Reich erwies. Nun ist freilich die Oktoberpartei relativ schwach in der Duma vertreten, aber das kann dem baltischen Deutschen prinzipiell doch nicht zum Vorwurf gemacht werden! Grundsätze zu haben ist auch in der Politik das Höchste, diese entscheiden am Ende und nicht vorübergehende Scheinerfolge opportunistischer Systemlosigkeit. Die baltischen Deutschen können und dürfen gar nicht anders als warten, bis sich die Hochflut revolutionärer, sozialistischer und chauvinistischer Wahnbildungen verlaufen hat, und bis sich die Einsicht Bahn bricht, daß Fortschritt und Freiheit in direktem Widerspruch stehen zu Zügellosigkeit und Terror. Und die Stunde wird kommen! Standhaft bleiben und alles tun, um sich national zu behaupten, das allein ist die Aufgabe der deutschen Balten im Hexenkessel brodelnder Leidenschaften, nicht falsche Konzessionen an den „Zeitgeist“ und an sinnlose Schlagworte! Der Sammelpunkt dieser nationalen Arbeit sind die drei großen deutschen Vereine in Liv-, Est- und Kurland, die nach zehn Monaten schon etwa dreißigtausend Mitglieder zählen und durch Gründung deutscher Schulen und Schutz anderer deutscher Kulturwerte segensreich wirken.

In den Kämpfen der Revolution hat das deutsche Mutterland den Balten lebhafteste Sympathien erwiesen und sie tatkräftig unterstützt — das ist ihnen eine Freude und Genugtuung in schwerer Zeit gewesen. Dazu, daß ihre augenblickliche Lage richtig in Deutschland verstanden und gewürdigt werde, sollen obige Darlegungen beitragen.

E. S.

Die Weltwirtschaft. Ein Jahr- und Lesebuch, unter Mitwirkung zahlreicher Fachleute herausgegeben von Dr. Ernst von Halle, Professor an der Universität Berlin, Wirklichem Admiralitätsrat. Leipzig und Berlin, V. G. Teubner, 1906. Im dritten Bande der vorjährigen Grenzboten Seite 382 haben wir den ersten Teil: „Internationale Übersicht“ dieses durch erschöpfende Vollständigkeit und zweckmäßige Gliederung ausgezeichneten Lesebuchs und Nachschlagewerkes kurz empfohlen. Mittlerweile sind auch die andern beiden Teile erschienen. Im zweiten Teile: Deutschland werden von 34 Fachmännern folgende Gegenstände behandelt: Innere und äußere Wirtschaftspolitik; Industrie (in 13 Hauptabteilungen); das Bauwesen; die Binnenschifffahrt; Bank-, Kredit- und Gründungsverhältnisse; der

Arbeitsmarkt; gewerbliche Organisationen; Außenhandelsstatistik. In einer Vorbemerkung zum dritten Teile: Das Ausland schreibt der Herausgeber, die hier gegebene Übersicht über die Wirtschaftsgeschichte des britischen Weltreichs in den letzten Jahrzehnten erkläre den großen politischen Umschwung der letzten zwei Jahre. Ferner: für den dritten Teil würden in Zukunft noch einige Ergänzungen notwendig sein. Einen geeigneten Mitarbeiter für Portugal zu gewinnen, sei noch nicht gelungen; einzelne Teile von Afrika hätten unerörtet bleiben müssen, und für Südamerika habe man sich mit einigen Notizen begnügen müssen, die Dr. Funke beschafft habe. Auch Persien fehlt. Abgesehen von diesen Lücken ist die Beschreibung der Wirtschaft aller Staaten der Erde vollständig.

Ein Pensionats-Kalender. Eltern heranwachsender Töchter seien auf ein inhaltreiches und sehr geschmackvoll ausgestattetes Buch aufmerksam gemacht, das unter dem Titel: „Pensionats-Kalender, ein Unterhaltungsbuch für junge Mädchen, zugleich Hand- und Nachschlagebuch über Mädchenpensionate, Haushaltungsschulen und Fremdenpensionen. Auf das Studienjahr April 1907 bis April 1908“ soeben im Verlage der bekannten und vielgelesenen Familienwochenchrift „Welt und Haus“ zum Preise von 2 Mark erschienen ist. Außer einer Reihe vorzüglicher belletristischer Beiträge enthält der reich illustrierte Kalender eine Anzahl belehrender Artikel, von denen wir „Deutschlands Frauen und die deutschen Kolonien“ von Wilhelm Föllmer, „Hans Thoma, ein deutscher Meister“ von Paul Kühn, „Wie richten wir unser Zimmer ein?“ von Bernhard Groß, „Vor der Natur“ von Hugo Börner, „Hugo Wolf“ von Heinr. Föllner, „Anna Amalia von Sachsen-Weimar“ von Paul Pasig, „Gustav Falke“ von Otto Dertel und „Miniaturen“ von L. Bürkner besonders hervorheben möchten. Auch die Kapitel Handarbeiten, Blumenpflege, Graphologie, Postalisches usw. haben eingehende Berücksichtigung gefunden. Für Eltern, die ihre Tochter in einem Institute unterzubringen beabsichtigen, sind die in den Anzeigenteil aufgenommenen, mit Ansichten versehenen Ankündigungen von nahezu tausend Pensionaten von Interesse. Aber auch abgesehen von seinem praktischen Werte wird das Buch als sinniges Geschenk für die weibliche Jugend gebildeter Stände sicherlich die weiteste Verbreitung finden.

